



Antrag

Bearbeitung: Angela Fiorenza (E-Mail: Angela.Fiorenza@luebeck.de Telefon: 122-1040)

Dringlichkeitsantrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Kein Rassismus in Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
25.06.2020	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft sieht in der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt. Eine wie auch immer geartete Hervorhebung von Unterschieden sowie der pauschalisierenden Einteilung von Menschen in Gruppen nach Kriterien (z.B. Herkunft, Religion, Kultur und Hautfarbe) lehnen wir ausdrücklich ab.
2. Die Bürgerschaft unterstützt Bestrebungen, den Begriff der Rasse aus dem Grundgesetz zu streichen und durch ein Verbot der Ungleichbehandlung aus rassistischen Gründen zu ersetzen.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, spätestens zum 1. Januar 2021 eine Antidiskriminierungsstelle gegen rassistische Benachteiligung einzurichten. Ein Konzept über die Ausgestaltung wird bis zur Haushaltssitzung im September 2020 der Bürgerschaft vorgelegt.
4. Alltagsrassismus äußert sich häufig in der Sprache. Der Bürgermeister wird aufgefordert entsprechend dem Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache in der Lübecker Verwaltung auch einen Leitfaden vorzulegen, wie rassistische Sprach in der Verwaltung vermieden werden kann. Unter anderem ist jegliche Verwendung des N*Wortes in zu vermeiden und zu ächten.
5. Lübeck strebt eine Weiterentwicklung der Städtepartnerschaften mit dem Ziel an, eine Stadt auf dem afrikanischen Kontinent in den Kreis der Partnerstädte aufzunehmen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Anlagen:

Vorsitzende/r
der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen